

284/J

der Abgeordneten Dr. Höchtl
und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Einsparungen bei der Gendarmerie für NÖ

Dem Erstanfrager sind Informationen zugekommen, daß das Bundesministerium für Inneres beabsichtigt, 1996 und 1997 insgesamt 100 Planstellen im Bereich des LGK für NÖ einzusparen. Dies würde, folgt man diesen Informationen des Erstanfragers, u.a. bedeuten, daß in weiterer Folge einige Gendarmerieposten geschlossen werden müßten. Weiters wird befürchtet, daß bei einer neuerlichen Kürzung der Überstunden der Streifendienst eingeschränkt würde.

Wenngleich die Notwendigkeit von Einsparungen grundsätzlich bejaht werden muß, erscheint es im Interesse der Sicherheit nicht gerechtfertigt, gerade bei den Gendarmerieposten und beim Streifendienst anzusetzen. Vielmehr sollte im Interesse der Sicherheit primär beim Verwaltungsaufwand und in den Zentralstellen sowie bei Tätigkeiten, die nicht unmittelbar der Sicherheit dienen, gespart werden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

1. Ist es richtig, daß Sie beabsichtigen, in Niederösterreich in den Jahren 1996 und 1997 100 Planstellen einzusparen?
2. In welchen Verwaltungsbezirken und in welchen Dienststellen sollen diese Einsparungen erfolgen und in welchem Ausmaß?
3. Ist es richtig, daß die Absicht besteht, noch weitere Gendarmerieposten in NÖ zu schließen und wenn ja, welche?
4. Ist es richtig, daß die geplanten Reduzierungen auf eine Belastungsberechnung der Bundesgendarmerie/Gendarmeriezentralkommando zurückgeht und diese Belastungsberechnung ausschließlich und nur innerhalb der Gendarmerieposten erfolgt ist?
5. Beabsichtigen Sie der Forderung nachzukommen, daß diese Belastungsberechnung mit berechenbaren Faktoren auf alle Bereiche der Gendarmerie ausgedehnt und die sich daraus ergebenden konkreten Ergebnisse bei der schon lange angekündigten Umsystemisierung berücksichtigt werden?
6. Welche Einsparungen sind im Verwaltungsbereich des GZK und LGK geplant, um somit unter Umständen die Einsparungen im Außendienstbereich (Gendarmerieposten) zu verhindern?
7. Ist daran gedacht, bei den Überstundenanordnungen so vorzugehen, daß die Streifentätigkeit der Gendarmerie in NÖ nach Möglichkeit in bestehendem Umfang aufrechterhalten bleiben kann?

8. Wie können Sie, bei Verwirklichung der geplanten Maßnahmen, die Sicherheit der Bevölkerung sicherstellen?